

„Demokratie stärken – mit Demokratieverächtern reden“

Vortrag von Frank Richter beim Adventsempfang der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck am 5. Dezember 2025 in Homberg (Efze)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie, sehr geehrte Frau Bischöfin Dr. Hofmann, haben mich eingeladen, hier und heute zu einem Thema zu sprechen, das es in sich hat. Ihre Einladung ehrt mich.

Das vorgegebene Thema „Demokratie stärken – mit Demokratieverächtern reden“ ist aktuell, beunruhigend und herausfordernd.

Seitdem ich vor nunmehr über zehn Jahren in Dresden begonnen hatte, Sympathisanten der sogenannten PEGIDA – der selbsternannten „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ – zu Gesprächsrunden einzuladen (damals in der Funktion des Direktors der Landeszentrale für politische Bildung) wurde ich häufig aufgefordert, darüber zu berichten, meine Gründe und die Umstände zu erklären sowie eine politische Einordnung vorzutragen. Seither ist viel passiert. Ich habe hinzugelernt. Einiges davon darf ich Ihnen mitteilen.

Vorab gestatten Sie mir bitte eine kurze, gleichermaßen herzliche Referenz an den Ort dieser Zusammenkunft, an die Stadt Homberg. Ich gestehe, dass ich zum ersten Mal hier bin und bis vor Kurzem nichts bzw. kaum etwas wusste vom Ablauf und von der Bedeutung der Homberger Synode. Nach allem, was ich gelesen habe, weiß ich nun, dass es sich um ein frühzeitiges und entschiedenes reformatorisches Ereignis handelte, ein Ereignis vor 500 Jahren, welches die Kirche und die Gesellschaft in einer bis heute gültigen Weise verändert hat.

In der Freiheit der Christenmenschen – theologisch formuliert –; ich zitiere Martin Luther: „Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemandem untertan. Und: ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan.“ und aus einem gewachsenen bürgerschaftlichen Selbstbewusstsein heraus – weltlich ausgedrückt – nahm man sich das Recht auf Mitsprache in den Angelegenheiten der Kirche, die damals mehr als heute auch politische Angelegenheiten waren, und beanspruchte zugleich, auch die Angelegenheiten des Glaubens mit dem eigenen Verstand studieren und bewerten zu können.

Über die Frage, ob das, was dabei herauskam, in jeder Hinsicht qualifiziert und von tiefer Erkenntnis getragen und ob das Vorwärtsdrängen immer nur von lauter Motiven getrieben war, ließe sich tunlichst streiten.

Worüber es keinen Streit gibt, ist, dass die Reformation notwendigerweise – ich sage: Gott sei Dank – ein neues Zeitalter einlätete, ein Zeitalter der Befreiung von Unterwerfung, von auferlegter Unmündigkeit und von Ausbeutung. Wie nachhaltig der damals gesetzte Impuls gewirkt hat, kann ich als Mensch und Christ bezeugen, der in der DDR geboren und aufgewachsen ist und der die Bedeutung der Kirchen für die friedlichen Revolution in diesem Land erfahren hat.

Gefreut habe ich mich außerdem über einen Anruf meines Nachfolgers im Amt des Direktors der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Herrn Dr. Roland Löffler. Er ist in Homberg geboren und aufgewachsen. Er bezeichnete das Ereignis der Homberger Synode als Höhepunkt in der Geschichte seiner Heimatstadt. Er bestätigte, was ich mir bis dahin angelesen hatte.

Doch nun zum Thema: Zum Ausgangspunkt meiner Überlegungen wähle ich ein Diktum von Ernst-Wolfgang Böckenförde, dem 2019 verstorbenen Richter am Bundesverfassungsgericht. Es lautet in der Kurzform: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ Die Langform dieses Diktums inkl. der Ausführungen und Debatten nachzulesen, kann ich aus ganzem Herzen empfehlen.

Die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik – innerhalb derer es aktuell zahlreiche Baustellen zu bearbeiten gilt (Keine Ordnung ist perfekt und keinerlei Menschenwerk hält für die Ewigkeit.) – ist, so meine feste Überzeugung, nach wie vor die beste politische Ordnung, die Deutschland jemals hatte. Diese Ordnung ist in ihrer Substanz tauglich, die aktuellen gesellschaftlichen Verwerfungen zu ordnen und strukturell zu überdauern.

Aber – und so interpretiere ich Ernst-Wolfgang Böckenförde –, sie bedarf dazu der Akzeptanz und der lebendigen, konstruktiven Ausgestaltung durch die Gesellschaft, für die sie ja gemacht ist. Wenn diese ausbleibt, unterdrückt oder verweigert wird, nutzt auch diese Ordnung nichts. Man kann diesen Gedanken auch kürzer und zugespitzt ausdrücken: Demokratie macht man letztendlich nur mit Demokraten.

Womit wir bei den Demokratieverächtern angekommen wären, von denen es einige in unserem Land gibt, nicht nur in unserem Land, sondern Europa- und weltweit, aber eben auch in unserem Land. Soll man mit ihnen reden? Und wenn ja, worüber und bei welcher Gelegenheit?

Dem Versuch einer Antwort auf diese Fragen möchte ich eine Beobachtung voranstellen. Demokratieverächter mögen es Schwarz oder Weiß. Deutschland und die Demokratie sind ihnen zu bunt. Demokratieverächter suchen einfache Antworten, klare Abgrenzungen und eindeutige Ansagen. „Basta“ ist eines ihrer Lieblingsworte.

Demokratieverächter versuchen, die komplexe Realität der Gesellschaft – die sich in den vergangenen Jahren immer vielfältiger, unübersichtlicher und mehrdeutiger entwickelt hat und dies, ob wir das wollen oder nicht, auch weiterhin tun wird – auf Richtig oder Falsch, auf Gut oder Böse, auf Ja oder Nein zu reduzieren.

Und genau das sollten wir nicht gleich tun. Ich meine, wir sollten – so anstrengend das manchmal auch ist – differenzieren. Ich habe in den zahlreichen Veranstaltungen, die ich selbst zu verantworten hatte oder zu denen ich eingeladen war, niemals nur Demokratieverächter kennen gelernt. Ich habe viele Menschen mit sehr verschiedenen Haltungen und Einstellungen kennengelernt, die ich, so mein Vorschlag, einer Skala zuordnen möchte, einer Skala, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

Folgende Haltungen bzw. Einstellungen möchte ich nennen: Demokratieverinnerlichung, Demokratieüberzeugung, Demokratieenttäuschung, Demokratieermüdung, Demokratieerschöpfung, Demokratieüberforderung, Demokratiefrustration, Demokratiedistanzierung, Demokratieverweigerung, Demokratieverachtung und schlussendlich auch Demokratieablehnung und Demokratiezerstörung.

Die drei letzten Einstellungen habe ich nur bei einer kleinen, leicht identifizierbaren, aber leider auch sehr lautstarken Minderheit festgestellt. Mit Ausnahme dieser hat niemand die Demokratie als Gesellschafts- und Herrschaftsform an sich, prinzipiell oder absolut abgelehnt.

Das ist die gute Nachricht. Bei allen Problemen und Anfechtungen: die Idee der Demokratie ist nicht tot. Sie lebt. Trotz der vielen Gründe, deretwegen man über die langsam, manchmal langweiligen, umständlichen, von unzähligen Kompromissen und Rückschlägen begleiteten und von sachfremden Faktoren beeinflussten demokratischen Prozesse verärgert sein kann, die Demokratie an sich wird nach wie vor getragen von der übergroßen Mehrheit der Gesellschaft.

Der Gedanke, dass es allemal besser ist, sich über die Gesetze und Regularien des Zusammenlebens als Freie und grundsätzlich Gleichberechtigte immer wieder neu und nach vereinbarten Verfahrensregeln zu verständigen, dass das besser ist, als sich blenden zu lassen und unteränigst beherrscht zu werden, hat für die Mehrheit in unserem Land nichts von seiner Überzeugungskraft verloren. An der Idee der Demokratie wird festgehalten, wie einst die Fahnen der europäischen Freiheitsrevolutionen hochgehalten wurden – und dies vielleicht gerade deshalb, weil sie gefährdet ist wie schon lange nicht mehr, weil das Autoritäre, Verlogene, Betrügerische, Gewalttätige und Zynische eine neue und diabolische Faszination ausübt.

Aber leider gibt es auch die andere, die schlechte Nachricht, die ich weitergeben muss: Nur selten habe ich erlebt, dass sich Demokratieüberzeugte und -begeisterte zu Wort gemeldet haben. Oft habe ich erlebt, dass sie sich dann, wenn sie es taten, eher leise und zurückhaltend äußerten. Oft musste ich feststellen, dass überzeugte Demokraten vor dem autoritären, lautstarken, Dominanz ausübenden Auftreten der anderen zurückschreckten, dass sie Hass und Hetze kleinlaut nachgaben, dass Demokratieenttäuschte ins Lager der Demokratieverächter und Demokratiezerstörer wechselten.

Wir wissen zur Genüge, dass dieses Lager theoretisch, rhetorisch und medial gut aufgestellt ist und finanziell bestens ausgestattet. Über die Quellen, aus denen das Geld fließt, wäre eigens zu berichten.

Was schließe ich aus diesen Erfahrungen und Erkenntnissen?

Erstens: Wir müssen der Neigung zum Schwarz-Weiß, zum Entweder-oder, zum Gut oder Böse zuallererst in uns selbst widerstehen. Wir müssen differenziert denken und reden. Zweitens: Wir müssen den Wert der Demokratie verinnerlichen. Sie ist mehr als ein technisches Verfahren zur Willensbildung nach dem Mehrheitsprinzip. Wir müssen die Werte, für die und auf denen die Demokratie steht, benennen, leben und offensiv verteidigen. Ich füge hinzu: Wir müssen für diese Werte brennen. In ihnen ist das Humanum begründet und geborgen. Drittens: Wir müssen die Signale der Enttäuschten, Ermüdeten, Distanzierten und Frustrierten ernst nehmen, sie für unserer demokratische Ordnung gewinnen und abhalten, auf der beschriebenen Skala nach unten zu rutschen.

Wer ist wir? Eindeutig - wir alle!

Wie kann es uns gelingen? Es klingt banal, ist deshalb aber nicht falsch: Erstens dadurch, dass wir das Gespräch mit den Enttäuschten und Frustrierten suchen, also nicht abwarten, bis sie zu uns kommen, sondern aktiv auf sie zugehen. Zweitens dadurch, dass wir aufmerksam zuhören, nachfragen, realistische Lösungen entwickeln und dieselben ernsthaft und konsequent angehen.

Was es nicht braucht, sind weitere wohlfeile und allgemeine Appelle, a la „Man müsste wieder mehr miteinander reden“. Sicher, es braucht eine moralische Aufrüstung des ehrlichen Redens und verständlichen Erklärens. Noch viel mehr als das braucht es eine Ethik des Hörens, des ehrlichen und geduldigen Verstehen-Wollens.

Was es ebenfalls nicht braucht, sind Gesprächs- und Diskussionssimulationen, die ausschließlich dafür inszeniert werden, medial aufbereitet und politisch vermarktet zu werden, so genannte Events, die uns in die nächsten Erregungskurve treiben und ohne konstruktives Ergebnis zu Ende gehen.

Für ein aufrichtiges und aus ehrlichem Interesse am Anderen geführtes Gespräch, braucht es Zeit, zumeist auch Diskretion und Vertrauen. Wenn wir keine Zeit für solche Gespräche haben, dann müssen wir sie uns nehmen oder anderes, vermeintlich Wichtigeres lassen. Eine Faustregel der Kommunikation lautet: Gesagt ist noch nicht gehört. Gehört ist noch nicht verstanden. Verstanden ist noch nicht einverstanden. Einverstanden ist noch nicht überzeugt. Kommunikation, die gelingen soll, die also nicht auf einen äußerlichen Effekt, sondern auf belastbare Verständigung zielt, braucht Zeit. Sie vollzieht sich Schritt für Schritt.

Wenn wir das nicht begreifen und zur Diskretion nicht fähig sind, dann werden wir Vertrauen – die härteste Währung in Öffentlichkeit und Politik – niemals aufbauen können. Im Sinne Böckenfördes braucht es dazu keineswegs nur Politiker, Beamte und Verwaltungsangestellte, die mehr kennen als Paragrafen, Verordnungen und Sanktionsmechanismen –, sondern möglichst viele Menschen, die sich ihrer Mitmenschen aufrichtig annehmen – vorrangig der vielen Überforderten und Enttäuschten – und sich

deren Anliegen ernsthaft zu eigen machen. Einfacher, so meine ich, ist die Stabilisierung unserer Gesellschaft und unserer demokratischen Ordnung nicht zu erreichen.

Was nun aber ist mit den anderen, den Demokratieverächtern und Zerstörern? Sollten wir auch mit denen reden? Ich gebe zu, dass meine grundsätzlich positive und bejahende Einstellung in den vergangenen Jahren einer zunehmenden Ernüchterung und Skepsis gewichen ist.

Meine Antwort ist zweigeteilt: Im parlamentarischen Raum – ebenso in den Stadt- und Gemeinderäten –, also dort, wo die politische Meinungs- und Willensbildung nach demokratischen Verfahren geregelt ist, kann man leider nicht anders, als mit ihnen zu reden. Würde man den Austausch verweigern, würde man die eigenen Standards verletzen, begäbe man sich auf ein unterdemokratisches Niveau.

Außerhalb des parlamentarischen Raumes, in der Öffentlichkeit, wenn man mit Funktionären Demokratieverachtender Parteien spricht, läuft man Gefahr, auf den verschiedensten Kanälen für deren Propaganda missbraucht und ausgeschlachtet zu werden. Das eine vom anderen immer präzise zu unterscheiden, ist nicht leicht, ein wirkliches Dilemma. Einen Königsweg, der herausführt, kenne ich nicht.

Eines allerdings weiß ich genau: dass man den Demokratieverächtern nur so viel Aufmerksamkeit schenken sollte wie nötig und so wenig wie möglich. Wir dürfen uns von denen die eigene Agenda nicht zerstören lassen.

Sehr geehrte Damen und Herren, nun könnten Sie – spätestens an dieser Stelle – die berechtigte Frage stellen: Ja, wenn wir denn reden wollen – und das wollen wir – worüber sollen wir reden? Die beste Kommunikation ersetzt schlussendlich nicht Substanz. Richtig. Um welche Themen es im Einzelnen gehen sollte, kann ich nicht sagen.

Die Demokratieenttäuschten und Frustrierten trugen mir gegenüber zum Beispiel vor: Schleppende Behandlung von Bürgeranliegen bis hin zu Behördenversagen, das Gefühl, von „von oben herab“ behandelt und verwaltet zu werden, dilettantische, alltagsrelevante Auswirkungen nicht berücksichtigende Gesetzgebung, unsinnige Unterschiede zwischen den Bundesländern, Wirrwarr im Bildungsföderalismus und, um ein aktuelles Beispiel zu nennen: die chronische und ungerechte Unterfinanzierung von Städten und Gemeinden.

Ich möchte an dieser Stelle drei Themen nennen, von denen ich glaube, dass sie von allgemeingültiger Relevanz sind. Bei einem Workshop mit Studenten fragte ich nach den drei wichtigsten Defiziten in unserem Land, die sie an der politischen Gestaltungskraft des demokratischen Staates zweifeln lassen. Sie nannten folgende:

Erstens: Die bundesrepublikanische Gesellschaft ist refeudalisiert. Es gibt sehr viel sehr reiche Menschen, die sich – ohne staatliche Unterstützung in Anspruch nehmen zu müssen und gerechter Besteuerung unterworfen zu sein – alles Erdenkliche aus der privaten Portokasse leisten können. Auf der anderen Seite gibt es immer mehr arme Menschen, die nicht wissen, wie sie bis zum Monatsende durchkommen sollen. Dieser Unterschied in ein und demselben Land ist demokratiezerstörend. Dieser Unterschied ist mindestens ebenso

groß wie der zwischen dem Adel und der verarmten, zum Teil leibeigenen Bauernschaft kurz vor der französischen Revolution. Darüber müssen wir sprechen.

Zweitens: Die bundesrepublikanische Gesellschaft ist sinnentleert. Die Sinnerzählung des kapitalistischen Westens (Wohlstand für alle durch Wachstum für immer) ist ebenso wie die des Ostens (ewiger Fortschritt hin zu den lichten Höhen des Sozialismus) als hohler Mythos entlarvt und vollständig desavouiert. Die Behauptung, man könne durch Fleiß und Anstrengung ein besseres Leben für sich und seine Kinder erarbeiten, entbehrt jeglicher Glaubwürdigkeit. Das Gegenteil gilt: Wir müssen heute immer mehr arbeiten, damit es uns morgen nicht schlechter geht. Darüber müssen wir sprechen. Woher bekommt unsere Gesellschaft eine neue Orientierung, eine Hoffnung auf eine lebenswerte Zukunft?

Und drittens: Die bundesrepublikanische Gesellschaft ist partiell idiotisch. Zur Erklärung: mit „Idioten“ meinten die Studenten die Akteure im antiken Theater, die am Rande der Aufführung stehen und immer nur dasselbe brüllen. Sie sind weder willens noch in der Lage zu Empathie, Perspektivwechsel und zu konstruktivem Diskurs. Die Frage steht im Raum, warum es dem teuer bezahlten deutschen Schulsystem nicht gelingt, der zunehmend digital geprägten Verblödung entgegenzuwirken und sich am allgemein gebildeten, zu einem eigenen und qualifizierten Urteil fähigen Menschen – also am humanistischen Bildungsideal – zu orientieren.

Re-feudalisiert, sinnentleert und partiell idiotisch? Nun ja, jungen Menschen haben das gute Recht, radikale Thesen aufzustellen und unserer Gesellschaft den Spiegel vorzuhalten. Ich meine schon, dass in diesen drei Diagnosen Substanz genug enthalten ist, mit den Enttäuschten und Frustrierten in ein konstruktives Gespräch einzutreten.

Sehr geehrte Damen und Herren, gestatten Sie mir abschließend einen Gedanken, welcher sich speziell auf die Rolle der Christen und der Kirchen in der aktuellen Auseinandersetzung um die Demokratie bezieht. Sollen sich die Christen als Christen und die Kirchen als Kirchen öffentlich positionieren oder sollten sie sich vornehm zurückhalten? Inwieweit dürfen sie mitreden, wenn es um das Politische geht?

Ich meine: Christen sollten sich als Christen und Kirchen nicht zu jeder x-beliebigen Frage öffentlich positionieren. Dann allerdings, wenn und soweit es von der Botschaft des Evangeliums Jesu Christi geboten und gedeckt ist, müssen sie sich positionieren. Das ist unmissverständlich dann gegeben, wenn es um die Menschenwürde, die Gerechtigkeit, die Solidarität, die Bewahrung der Schöpfung und um den Schutz der Schwachen, der Schwächsten, der Unterprivilegierten und der Minderheiten in der Gesellschaft geht.

Weil ich wusste, dass mir nur begrenzte Zeit zur Verfügung steht, ich aber ungern auf die Ausführung dieses Gedankens verzichten wollte, bin ich auf die Suche gegangen nach einer illustrierenden Begebenheit und einem prägnanten Zitat. Fündig wurde ich in der Beschreibung des direkten Wortwechsels zwischen einem der profiliertesten Kirchenmänner der evangelischen Kirche und dem wohl entschiedensten und erfolgreichsten Demokratieverächter und Zerstörer der deutschen Geschichte.

Die Begegnung der beiden fand statt am Mittag des 25. Januar 1934 in der Reichskanzlei zu Berlin. Das Telefon Martin Niemöllers, Mitglied im Pfarrernotbund, war ohne dessen Wissen abgehört worden. Hitler stellte ihn bloß. Er verlangte von den zahlreich anwesenden evangelischen Bischöfen, sich aus den Angelegenheiten des Staates herauszuhalten. Andernfalls drohten der Kirche schwere Konsequenzen. Am Ende des Treffens – sozusagen beim Handschlag am Ausgang – richtete Niemöller ein letztes Mal ein Wort direkt an Hitler; jedenfalls berichtet er selbst davon. Zitat Martin Niemöller: „Sie haben gesagt: Die Sorge für das deutsche Volk überlassen Sie mir. Dazu muss ich erklären, dass weder Sie noch sonst eine Macht in der Welt in der Lage sind, uns als Christen und Kirche die uns von Gott auferlegte Verantwortung für unser Volk abzunehmen.“

Ich halte das für bemerkenswerte Sätze, ausgesprochen in einer Situation extremer Anspannung. Es fällt schwer, der Aussage etwas hinzuzufügen. Nur einen Gedanken möchte ich ergänzen: Niemöller bezeugte mit seiner Äußerung und seiner Haltung, was die Freiheit eines Christenmenschen ausmacht. Er aktualisierte das Erbe der Reformation. Ohne es wissen zu können, realisierte er, was Ernst-Wolfgang Böckenförde meinte. Der demokratische Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Diese Voraussetzungen sind die Menschen, die sich für die ihn begründenden Werte, für Freiheit, Solidarität und Menschenwürde, einsetzen mit allem, was sie haben und können.

Adventsempfang 2025

Unter der Frage „Was stärkt die Demokratie?“ stand der traditionelle Adventsempfang der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck am Freitagabend (5.12.). Dazu hatte Bischöfin Dr. Beate Hofmann nach Homberg (Efze) geladen – jenen Ort, an dem die evangelische Kirche in Hessen Gestalt angenommen hatte: Landgraf Philipp hatte Homberg vor 499 Jahren für die erste Synode in Hessen ausgewählt.

Mit dem Adventsempfang, zu dem mehr als 100 Gäste aus Kirche, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur gekommen waren, eröffnete die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck zugleich das Jubiläumsjahr „500 Jahre Reformation in Hessen“. Prominenter Gastredner war Frank Richter, einer der wichtigsten Vertreter der DDR-Bürgerbewegung in Dresden und ehemaliger Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Bundesweit bekannt wurde der spätere Landtagsabgeordnete als Vermittler und Moderator bei Protesten der „Pegida“-Demonstrationen.

Mehr zum Adventsempfang unter <https://www.ekkw.de/kirche/aktuell/adventsempfang-2025-in-homberg>